



Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)

Geschäftsführung
Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709
Fax: (0221)
E-Mail: Andrea.brohl@stadt-koeln.de

Datum: 19.09.2023

Niederschrift

über die **21. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 24.08.2023, 16:00 Uhr bis 20:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Bezirksbürgermeister Andreas Hupke	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Antje Kosubek	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Günter Leitner	CDU
Herr Alicem Polat	SPD
Herr Elmar Spilles	CDU
Frau Julie Cazier	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Stefan Fischer	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Mildred Utku	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus Vinçon	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Regina Börschel	SPD
Herr Mario Schmitz	CDU
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Gunda Wienke	DIE LINKE.
Herr Christian Nüsser	FDP
Frau Dr. Verena Holzer-Henke	Klima Freunde
Frau Sabine Kader	Die PARTEI

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Florian Weber CDU

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Maria Flöge-Becker

Schritfführerin

Frau Andrea Brohl

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Ismail Arabaci	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Martin Herrndorf	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Tim Cremer	SPD

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Manuel Froh	Volt
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Maria Helmig	SPD
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Lukas Lorenz	SPD
Herr Dr. David Lutz	GRÜNE
Herr Dirk Michel	CDU
Herr Floris Rudolph	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Sandra Schneeloch	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Ralph Sterck	FDP
Herr Artur Tybussek	CDU

Gäste

Frau Ute Palm auf Vorschlag Arbeitskreises Barrierefreies Köln

Herr Bezirksbürgermeister Hupke eröffnet die Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt, begrüßt alle Anwesenden und gratuliert den Bezirksvertretungsmitgliedern Frau Dr. Regina Börschel, Herrn Tim Cremer, Herrn Alicem Polat, Herrn Günter Leitner und Herrn Elmar Spilles, die seit der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Geburtstag hatten. Entschuldigt für diese Sitzung sind Herr Tim Cremer, Herr Ismail Arabaci und Herr Dr. Martin Herrndorf.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke stellt den fristgerechten Zugang der Einladung zur Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt fest, die aktualisierte Tagesordnung mit der Ergänzung um die TOP 3.15, 3.16, 4.1, 6.1.6.1, 6.2.1, 9.20-9.23 und 3.1.1 liegt den Mitgliedern der Bezirksvertretung vor und ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Er lässt sodann über die so geänderte Tagesordnung abstimmen:

Einstimmig zugestimmt.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, bittet um nochmalige Vertagung von TOP 3.1, da der Ortstermin noch nicht stattgefunden habe.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke lässt über das Rederecht von Bürger*innen zu einzelnen Tagesordnungspunkten abstimmen:

Einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

- 1.1 Herr Dr. Rau - Beigeordneter Soziales, Gesundheit und Wohnen
 - Verelendung im öffentlichen Raum
 - Obdachlosigkeit
 - Drogenkonzept
 - Maßnahmen gegen Wohnungsnot
 - Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in den ehemaligen Gebäuden der OFD
 - OMZ
- 1.2 Proaktive Kommunikation zu den Baustellen in der Altstadt Köln, Vortrag Herr Belke - Stadtbau im Quartier
- 2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen**
- 3 Verwaltungsvorlagen**
- 3.1 Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die Instandsetzung der Parkpalette Jakobstraße/Josephstraße
3038/2022
zurückgestellt am 25.05.2023
- 3.2 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele
4069/2022
- 3.3 227. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 1, Köln-Deutz; Arbeitstitel: "Deutzer Hafen" in Köln-Deutz
1389/2023
- 3.4 Städtebauliches Planungskonzept Trierer Straße in Köln-Neustadt/Süd, Anhörung der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung hier: Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurf
0793/2023
- 3.5 Qualifizierungsmaßnahme für den Freiraum im Baublock zwischen Trierer, Mosel-, Pfälzer und Luxemburger Straße in Köln-Neustadt/Süd als Grundlage für die Bauleitplanung
hier: Erweiterter Planungsbeschluss über die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung und die Vorentwurfsplanung (LPH2)
0790/2023
- 3.6 Rheinboulevard Deutz, Umsetzung Informationssystem Archäologie
1108/2023
- 3.7 Rückbau des Messebrunnens am Charles-de-Gaulle-Platz
1983/2023

- 3.8 Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung zur Gewährung eines weitergehenden Zuschusses zu Baumaßnahmen
hier: Aufstockung des Zuschusses für den Kanu-Sportfreunde Köln e. V. 1955/22 zum Umbau des Widerlagers der Deutzer Brücke als Vereinsheim und Lagerfläche im Wege einer Ausnahmeregelung
1917/2023
- 3.9 Zusammenführung der beiden Weiterbildungskollegs Gereonsmühlengasse und Dagobertstraße zur Sicherung des bestehenden Angebotes an den aktuellen Schulstandorten
1838/2023
- 3.10 Änderung der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung, Blumenthalstraße 10-12, 50670 Köln-Neustadt/Nord (Schulnummer 154179) zum 01.08.2024
1860/2023
- 3.11 Erneuerung der Beleuchtungsanlage im großen Saal des Bürgerhaus Stollwerck
2191/2023
- 3.12 Weihnachtsmarkt auf dem Chlodwigplatz 2023
1825/2023
- 3.13 289. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2195/2023
- 3.14 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung: Errichtung einer Interims-Ausstellung im Praetorium
0501/2023/1
- 3.15 Vergabe von bezirksorientierte Mittel und Mitteln zur Kulturförderung für den Stadtbezirk Innenstadt, 2023 Teil 2
2652/2023
- 3.16 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Deutsch-Afrikanische Kooperation e.V. (DAKO e.V.)"
2565/2023
- 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4.1 Bürgereingabe nach § 24 GO – Dauerhafter Schutz des Landschaftsschutzgebiets Innerer Grüngürtel, Dezentrale Angebote am 11.11. und Karneval für ein junges Publikum, Aktenzeichen 118/23 B
2378/2023

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

5.1.1 Neues Konzept für den öffentlichen Raum und eine resiliente Stadt in der Altstadt Nord, gem. Antrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/2063/2022
zurückgestellt seit 01.12.2022

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

5.2.1 Öffnung eines Verbindungsweges in Deutz für den Radverkehr; Antrag Grüne AN/1360/2023

5.2.2 Entsiegelung und Gestaltung von Baumscheiben im Bereich Hohenstufenring / Roonstraße, Antrag CDU AN/1354/2023

5.2.3 Abbau der Container Mainzer Straße Ecke Oberländer Wall, gem. Antrag Grüne, SPD, Die Linke und KlimaFreunde AN/1362/2023

5.2.4 Anpassung Radverkehrsnetz NRW in der Kölner Innenstadt, Antrag Grüne AN/1363/2023

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1.1 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburonenstraße / Maternusstraße, Anfrage Grüne AN/1836/2022

6.1.1.1 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburonenstraße Maternusstraße
Hier: Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 27.10.2022, TOP 6.2.3 1367/2023

6.1.2 Veedelsblöcke für Köln - Stand der Planungen, Anfrage Grüne AN/0153/2023

6.1.3 Tempo 30 wegen Lärm – Sachstand im Bezirk Innenstadt, Anfrage B90/Die Grünen AN/0244/2023

6.1.4 Evaluation der Kosten Karneval / Rund um die Zülpicher Straße / Innerer Grüngürtel AN/0425/2023

- 6.1.5 Anfrage Verkehrsmaßnahmen Belgisches Viertel, Anfrage B90/Die Grünen AN/0637/2023
- 6.1.6 Neue Stadtmöbel auf der Deutzer Freiheit, Anfrage CDU AN/0663/2023
 - 6.1.6.1 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion aus der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 27.04.2023 (AN/0663/2023) betreffend "Neue Stadtmöbel auf der Deutzer Freiheit" 2265/2023
- 6.1.7 Sachstand Verkehrsberuhigung und Begrünung Kaesenstraße (Antrag AN/0643/2021 aus 2021), Anfrage B90/Die Grünen AN/0814/2023
- 6.2 Anfragen zu dieser Sitzung
 - 6.2.1 Sachstand Entsiegelung und Umbau Maternuskirchplatz 2023, Anfrage B90/Die Grünen AN/1451/2023
- 7 Mündliche Fragen an die Verwaltung**
- 8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 9 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 9.1 Flächenbericht 2022 zu den Objekten im Portfolio der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln (GW), Stand 31.12.2022 1363/2023
 - 9.2 Schulwegsicherung/Verbesserte Sicherheit auf Schulwegen bei Grundschulen und weiterführenden Schulen im Kölner Stadtgebiet 1444/2023
 - 9.3 Sportentwicklungsplanung: Modellprojekt Innovation durch öffentliche Sportangebote „Kölle aktiv 2023“– Sundaach aktiv, Start Sommerprogramm und Lauftreff 1567/2023
 - 9.4 Fachtag "Misch MIT! - Kinder- und Jugendbeteiligung in Köln" - Erster Rückblick 1773/2023
 - 9.5 Dokumentation des Arbeitstreffens zur Personalsituation in der Kindertagesbetreuung am 26.05.2023 1864/2023

- 9.6 Umbau der Kreuzung Luxemburger Straße/Eifelwall
hier: Mitteilung über die Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO NRW i. V. m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2023
1823/2023
- 9.7 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Wiedereinbringung der Gedenktafel zum Standort der einstigen Kölner Synagoge, AZ.: 256/18
1970/2023
- 9.8 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - „Bonner Straße - zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall - Einrichtung einer 30er Zone“, AZ.: 35/23
1971/2023
- 9.9 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW „Tanzquartier Köln“, Aktenzeichen: 62/23
2032/2023
- 9.10 Sportentwicklungsplanung - Modellprojekt Innovation durch öffentliche Sportangebote - Sportboxen
1326/2023
- 9.11 Mitteilung Öffentlichkeitsarbeit Interkulturelle Zentren 2023
2085/2023
- 9.12 Unterrichtung über Mehrkosten gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2023 und 2024; hier: Römisch-Germanisches Museum - vorgezogene notwendige Sanierung der Abdichtung über der Dombauhütte und über der Trafostation der Rhein-Energie sowie notwendige Sanierungsmaßnahmen der Decke
1876/2023
- 9.13 Kölner Anti Spray Aktion (KASA) - Bericht 2019-2022
2091/2023
- 9.14 Leitbild für die Handelslagen Hohe Str./Schildergasse und Umfeld in der Innenstadt: Vorlage des Abschlussberichts
2106/2023
- 9.15 „Aktionstag Mobilität“ am 16. September 2023 von 11 bis 15 Uhr auf dem Neumarkt
2212/2023
- 9.16 Deutzer Hafen: 2. Sitzung des Begleitgremiums; Ergebnisprotokoll
1772/2023
- 9.17 Regenbogenmarkierung in der Schaafenstraße
2253/2023
- 9.18 Sachstandsbericht
2493/2023

- 9.19 Fachtag "Misch MIT! - Kinder- und Jugendbeteiligung in Köln" - Gesamtauswertung und nächste Schritte
2510/2023
- 9.20 Unfallhäufungen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2022 im Stadtbezirk Innenstadt
2439/2023
- 9.21 Qualitätsbericht 2022 der KVB gemäß öffentlichem Dienstleistungsauftrag
2133/2023
- 9.22 Information zum Beschluss des Verwaltungsgerichts Köln vom 02. August 2023 zur Verkehrsanordnung „Deutzer Freiheit“, zum weiteren Vorgehen „Verkehrsversuch Venloer Straße“ und zum erweiterten Prüfumfang von laufenden Verkehrsmaßnahmen im Zusammenhang
2688/2023
- 9.23 Neuregelung zur zulässigen Geschwindigkeit auf der Zoobrücke/Stadtautobahn B55a
2207/2023

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

2 Verwaltungsvorlagen

- 2.1 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung: Erneuerung der Eisenbahnüberführungen Luxemburger Straße und Zülpicher Straße in Köln durch die DB Netz AG
1112/2023/1

3 Anfragen aus früheren Sitzungen

- 3.1 Bauprojekt Gilbachstraße/Gladbacher Straße, Anfrage Die Linke
AN/0844/2023
- 3.1.1 AN/0844/2023, Bauprojekt Gilbachstraße/Gladbacher Straße, Anfrage Die Linke
2575/2023

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Besetzung der stellvertretenden Schulleitung am städtischen Gymnasium Humboldt im Kartäuserwall 40 in 50676 Köln
2064/2023
- 4.2 Besetzung der Schulleitung an dem Berufskolleg Kartäuserwall 30, 50676 Köln
2069/2023

5 Bericht aus den Beiräten

5.1 Bericht aus dem Gestaltungsbeirat

5.1.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 09.05.2023
1839/2023

5.1.2 Niederschrift zur 3. Sitzung des Gestaltungsbeirates am 06.06.2023
2092/2023

5.2 Bericht aus dem Kunstbeirat

6 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

1.1 Herr Dr. Rau - Beigeordneter Soziales, Gesundheit und Wohnen

- Verelendung im öffentlichen Raum
- Obdachlosigkeit
- Drogenkonzept
- Maßnahmen gegen Wohnungsnot
- Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in den ehemaligen Gebäuden der OFD
- OMZ

Herr Bezirksbürgermeister Hupke begrüßt die Co-Referentin Frau Ludwig und den Beigeordneten Herrn Dr. Rau und weist auf die bereits in der Tagesordnung aufgeführten Themen hin. Auf Wunsch der IG Villenviertel/Neustadt Nord soll das Thema „Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in den ehemaligen Gebäuden der OFD“ vorgezogen werden.

Ratsmitglied Florian Weber, CDU, erklärt, dass es um die Frage gehe, was die beste Nutzung für das Areal in Anbetracht einer gesamtstädtischen Perspektive und der Situation vor Ort sei. Die Situation vor Ort unterscheide sich fundamental vom Umfeld anderer Flüchtlingsunterkünfte. Sie liege mitten in einem Wohngebiet, welches nach Bebauung des Zürich Areals um weitere 800 Menschen wachse. Die Erstaufnahmeeinrichtung in Bayenthal befinde sich im Gegensatz dazu in einem Gewerbegebiet. Das Areal biete nur wenig Freiflächen, aus diesem Grund sei die Immobilie als potentieller Schulstandort verworfen worden, zudem in unmittelbarer Nähe zum Brennpunkt Ebertplatz. Es gebe eine enorme Flächenkonkurrenz in Köln und die Nachfrage nach Büroflächen sei ungebrochen hoch. Daher sei es nicht gut eine gut angebundene Büroimmobilie mit 1000 Arbeitsplätzen aus dem Verkehr zu ziehen. Es gebe Brachflächen, die kostengünstig und schnell mit Containern bebaut werden könnten. Es stelle sich gerade in der Kölner Innenstadt die Frage, ob eine Unterkunft mit Unterbringung von bis zu 1000 Menschen auf engstem Raum überhaupt sinnvoll sei. Die CDU-Fraktion halte das Areal als Erstaufnahmeunterkunft für geflüchtet für ungeeignet und auch aus gesamtstädtischer Perspektive für falsch. Man fordere die Stadt auf, Alternativen zu suchen und damit mit der Bezirksregierung ins Gespräch zu kommen. Er fragt welche alternativen Flächen oder Gebäude der Bezirksregierung seitens der Stadt Köln angeboten. Sehen Sie Anzeichen, dass das Land mit mehr Menschen in Köln plane? Wie geeignet hält das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) die Räumlichkeiten? Für wie geeignet halten Sie das Areal der OFD für die Nutzung als Erstaufnahmeeinrichtung?

Herr Dezernent Dr. Rau berichtet, dass sich die Flüchtlingskrise wieder entwickle. In kleineren Städten und Landkreisen sei die Not groß, die Stimmung in der Bürgerschaft kippe und man wisse nicht mehr, wo man die zugewiesenen Menschen, die auf der Flucht seien, unterbringen könne. Das Land sei von kommunaler Seite sehr in die Pflicht genommen worden, selber unterzubringen. 2016 habe das Land 70.000 Plätze in Erstaufnahme- und Landeseinrichtungen, derzeit seien es weniger als die Hälfte. Die Kommunen seien wiederholt angefragt worden, welche Immobilien zur Verfügung gestellt werden können. Köln habe keine Immobilie für geeignet gehalten, die nicht auch selber genutzt werden könne. Die Unterkunft in der Schönhauser Straße mit 800 Plätzen sei nicht über 2024 hinaus genutzt werden, da dort ein Schulbau entstehe. Das Land habe ihn im März informiert, dass zwei landeseigene Grundstücke in Porz/Lind und in der Innenstadt mit insgesamt 1.500 Plätzen realisierbar werden sollen. Nach Diskussion im Verwaltungsvorstand habe er zurückgemeldet, dass die Stadt

prinzipiell mit den Standorten einverstanden sei, aber maximal 500 Plätzen je Standort akzeptierbar halte. Es sei nicht bekannt, ob das Land mehr plane. Aufgrund eines erwarteten erheblich größeren Zustroms im Herbst und Winter, werde man dann vor der Frage stehen, wie die Menschen versorgt werden. Das Land habe die Stadt lediglich informiert. Über viele verschiedene Kanäle sei bzgl. des Standorts OFD Protest mit den Begründungen gekommen, dass dies nicht in das gut funktionierende Wohngebiet passe und es zu wenig Freiflächen gebe. Er weist darauf hin, dass in einer Erstaufnahmeeinrichtung eine kurzfristige Unterbringung für 4-6 Wochen erfolge. Dort gebe es beispielsweise auch keine Schulpflicht. Der Rat habe die Verwaltung beauftragt 1.500 Reserveplätze vorzuhalten, auf der Suche nach entsprechenden Unterbringungsmöglichkeiten sei man weiterhin. 100 % der Plätze die das Land auf Kölner Gebiet betreibe, werden der Stadt Köln angerechnet.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, bedauert die NIMBY-Mentalität (not in my backyard). Gerade diejenigen die mangelnde Integration von Geflüchteten beklagen, möchten sie in Gewerbegebieten oder Brachflächen unterbringen, dies könne nicht sein. Auch wenn diese Menschen nicht so lange bei uns seien, sollen sie in einer angemessenen und würdigen Umgebung untergebracht werden.

Frau Dr. Börschel, SPD, fragt, ob für die Umnutzung der Immobilie eine Bauleitplanung erforderlich sei, welche Angaben es vom Land zur Dauer der notwendigen Umbaumaßnahmen und welche Flächen es für Freizeitgestaltung gebe und, ob eine sozialpädagogische Begleitung auch im Hinblick auf den in der Nähe liegenden Ebertplatz vorgesehen sei.

Herr Dr. Rau antwortet, dass das Land diese Fragen prüfe, die Stadt würde nicht in die Prüfung einbezogen und kenne daher auch mögliche Prüfungsergebnisse nicht. Der Druck im Land sei so groß, dass Wochen zählen. Er verpflichte sich die Bezirke engmaschig einzubeziehen.

Ein Vertreter der IG Neustadt Nord Villenviertel, fragt, ob diese Nutzung des Areals nach dem Bebauungsplan überhaupt zulässig sei. Das Gelände sei als Gemeinbedarf ausgewiesen. Er verweist auf einen in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Erfahrungsbericht mit der zentralen Unterbringungseinrichtung in Mülheim. Als Hauptprobleme würden dort Lärm, Müll, Drogenkonsum, Unsicherheit und Beschränkung in der Nutzung von öffentlichem Raum, eine für Anwohner psychisch sehr belastende Umfeldsituation, Wertverlust von Wohneigentum bis Unverkäuflichkeit genannt. Es stelle sich die Frage, ob sich ein renommiertes Restaurant in einem solchen Umfeld halten lasse. Der Lebenswert in der Umgebung werde erheblich herabgesetzt. Er bittet darzustellen, wie sich die Stadt Köln der Probleme der Bürger annehmen wolle. Er weist darauf hin, dass der Investitionsbedarf in dem denkmalgeschützten Gebäude der OFD riesig sei. Er fragt, ob das Gebäude Am Gleisdreieck 7-9, welches frei geworden sei, für eine Erstaufnahmeeinrichtung geeigneter sei. Die Anwohner befürchten, dass das Leben im Viertel unglaublich beeinträchtigt und gefährdet werde.

Herr Beigeordneter Dr. Rau erklärt, dass § 246 BauGB bis Ende 2027 verlängert worden sei, das heiße, dass Flüchtlingsunterkünfte auch in Gewerbegebieten gebaut und betrieben werden können. Man wisse, dass die Nachbarschaft tangiert sei und die Verwaltung versuche Maßnahmen dagegen zu setzen. Er fragt, ob der Hintergrund der Frage sei, dass in Köln keine Flüchtlinge aufgenommen werden sollen.

Auf Nachfrage von Herrn Nüsser, FDP, bezüglich der von den Anwohnern geäußerten Sorgen, antwortet Herr Beigeordneter Dr. Rau, dass das Land für die Begleitungsmaßnahmen zuständig sei, unter Umständen aber Kölner Träger damit beauftrage.

Herr Pasch, Seniorenvertretung, geht davon aus, dass die Einrichtung im Oktober nicht funktionsfähig sein werde. Er vernehme im Viertel große Sorgen, die eventuell reduziert werden könnten, wenn es um die dauerhafte Unterbringung einer kleineren

Anzahl von Flüchtlingen mit Familien gehe. 500 oder 1000 kurzfristig untergebrachte Menschen seien in jedem Stadtteil eine Bombe.

Herr Beigeordneter Dr. Rau kann zum Zeitplan des Landes keine Aussagen machen. Auf die Wünsche Familien unterzubringen werde das Land aus Erfahrung heraus nicht eingehen. Derzeit würden vermehrt alleinreisende Männer einreisen. Die Fläche Gleisdreieck 7-9 nimmt er in die Flächenübersicht auf und lässt diese –falls bisher nicht erfolgt - prüfen.

Ein Bürger fragt, wie viele Menschen vom OMZ (Obdachlose mit Zukunft) in der Gummersbacher Straße in die Winterberger Straße ziehen und ob es alternative Angebote für die Menschen gebe, die auf der Wiese campieren.

Ein weiterer Bürger kritisiert, dass Obdachlose exemplarisch bei dem Thema Vermüllung hervorgehoben würden, obwohl diese u.a. auch durch Partypeople erfolge. Er fragt, was die Stadt tut, um gegen Verwahrlosung und Vermüllung vorzugehen und diesem öffentlichen Eindruck entgegenzutreten, das Obdachlose die Hauptverursacher seien. Viele Menschen auf der Platte würden die Angebote der Stadt Köln nicht annehmen, weil sie nicht passend seien, es zu wenig Notschlafstellen für Frauen gebe oder Obdachlose mit Hund. Wie wird das passend ausgebaut?

Herr Polat, SPD, fragt nach dem Sachstand zu dem Beschluss Housing First und dem Drogenkonzept im Hinblick auf die aktuellen Verwüstungen.

Eine Bürgerin berichtet, dass die Stimmung in der Südstadt derzeit ein wenig kippe und bittet um Auskunft, wie diesen Menschen geholfen werde und, ob es –gerade im Hinblick auf den Winter - Möglichkeiten gebe, wo sie sich tagsüber aufhalten können und auch eine Beschäftigung finden.

Herr Vinçon, B90/Die Grünen, fragt nach dem Sachstand zum Masterplan Wohnungslosigkeit, ob es eine Evaluation für die Kulturmaßnahmen am Neumarkt gebe und wie der Container auf dem Neumarkt funktioniere.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke führt aus, dass Mitarbeiter der Stadt sagen, dass manche Obdachlose nicht mehr zugänglich und therapierbar seien, doch auch sie hätten ein Recht auf Würde. Gibt es dafür Programme?

Herr Beigeordneter Dr. Rau berichtet, dass die Verwaltung nicht erhaben über der Sache stehe, sondern kreativ und mit hohem Engagement, tatkräftig und ein bisschen verzweifelt daran arbeite. Dies sei gesamtstädtisch und gesamtgesellschaftlich eine riesengroße Aufgabe. Es gebe auf der einen Seite Rückmeldungen – von anderen Kommunen aber auch von großen Städten -, dass alles dreckig und sichtbar sei, aber auch – teils von Fachgesellschaften - dass das Kölner Wohnungslosenhilfeprogramm außerordentlich weit entwickelt sei. Die Angebote gelten als sehr ausdifferenziert und großflächig. Auch die Politik interessiere sich sehr für das Thema, wie man dem Beispiel der humanitären Hilfe für EU-Geflüchtete, die nahezu keine Rechte auf Sozialleistungen haben, sehe. Er berichtet, dass anfänglich bei einer illegalen Hausbesetzung des Großmarktes bis zu 60 Menschen beteiligt waren, für die nach Erkennung der Abbruchsbedürftigkeit eine neue Alternative geschaffen werden musste. In Not- und Einfachstunterkünften sind über 2.500 Menschen untergebracht, die sonst obdachlos wären. Sie werden teils psychosozial begleitet. Der öffentliche Eindruck, dass allein im OMZ die obdachlosen Menschen (zuletzt 20 Menschen) seien, die versorgt werden müssen, wäre falsch, hierauf entfalle aber 1/3 seiner obdachlosenbezogenen Arbeitszeit. Das Nachfolgeprojekt in der Winterbergerstr. gehe zum 01.09.2023 in Betrieb.

Frau van Well, Sachgebietsleitung SKM, begleitet das Projekt in der Winterbergstraße in Kooperation mit dem SKF unterstützt von der IBWA. Dort würden ab dem 01.09.2023 nacheinander 14 Menschen einziehen, davon zwei die vorher im OMZ gewohnt hätten. Die Bewerbung sei zunächst auf die Bewohner des OMZ beschränkt

gewesen und später dann geöffnet worden. Die Menschen die dort wohnen entscheiden mit, wer dort einziehe. Weitere frühere Bewohner des OMZ seien abgelehnt worden. In der Vorgebirgstraße würden rund 100 Menschen aus dem EU-Ausland betreut. Seit 01.07.2023 sei eine Beschäftigungsmöglichkeit eingeführt, die von 15 Personen gut angenommen werde. Diese reinigen die Straßen, Park und Gelände adäquat wie im Projekt „Kölner Feger“. Es gebe regelmäßig eine Sprechstunde für Anwohner, die dann ihre Anliegen vortragen können. Man würde sehr gerne Tiere aufnehmen, aber dies sei von der Stadt Köln nicht gestattet.

Herr Beigeordneter Dr. Rau berichtet, dass an dem Programm Housing First derzeit 20 Menschen teilnehmen. Die Aachener Siedlungsgesellschaft stelle gerne die Wohnungen zur Verfügung. Dr. Haubrich sei im Vringstreff sehr aktiv und innovativ unterwegs. 2 Menschen haben bereits eine Beschäftigung gefunden. Das große Problem sei, Immobilien zu finden. Das Kölner Konzept zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit (Kökowo) (ursprünglich Masterplan Obdachlosigkeit) sei ein Eckpunktekonzept, welches verwaltungsintern in der Vorbereitung sei. Derzeit sei das Finanzdezernat beteiligt. Wenn städtischer Wohnraum für die vulnerablen Menschen geschaffen werden solle, koste dies Geld. Er hoffe, dass die verwaltungsinterne Klärung eine Beteiligung der Politik noch in 2023 ermögliche. Es sehe auch mehr Plätze für Menschen mit Tieren vor. Als Köln zu Beginn der Ukraine-Krise erlaubt habe, dass Menschen mit Haustieren aufgenommen wurden, habe es wenige Tage gedauert, bis Menschen in Scharen mit Tieren jedweder Art nach Köln gekommen seien, weil das fast keine andere Stadt erlaubt habe. Er sieht es auch kritisch, dass sich viel Energie derzeit auf den Neumarkt beziehe und weist auf Kalk und Mülheim hin, wo Drogenkonsumräume geschaffen werden sollen. Der Neumarkt ändere sich langsam aber sicher. Am Montag werde eine Studie dazu vorgestellt. Die Gesamtsituation sei weiterhin desolat, doch die Kultur habe das Bild des Neumarktes deutlich verändert. Mittelfristig sei ein stationärer Pavillon mit einladender Atmosphäre geplant. Da der Neumarkt Teil der Ost-West-Achsenproblematik sei, seien alle Maßnahmen nur vorübergehend. Vor der Einführung des Drogenkonsumraums habe er dazu fast nur Ablehnung erfahren, jetzt, sieben Jahre später, gebe es Beschwerden, wenn der Drogenkonsumraum nicht geöffnet sei. Es werden Maßnahmen zur Verhinderung von Vandalismus in Abstimmung mit der Polizei getroffen.

Es gebe freiwillig Obdachlose, die Angebote wahrnehmen könnten, die sie aber nicht nutzen wollen. Nur dann, wenn diese Menschen sich selber oder andere gefährden, können sie nach PsychKG für einige Tage eingewiesen werden. Dies sei die große Herausforderung. Es werde weitere Hilfen wie ein Nachtcafé bei Gulliver am Hauptbahnhof geben. Perspektivisch sei noch mehr geplant, dies müsse aber auch finanziert werden.

Herr Scheffer, Die Linke, weist darauf hin, dass durch weitere Drogenkonsumräume die Situation am Neumarkt entschärft werden könne. Er berichtet, dass die Zahl der Wohnungslosen von 178.000 in 2022 auf 372.000 in 2023 in Deutschland gestiegen sei. Es sei entwürdigend, wenn Menschen auf der Straße schlafen müssen, daher müssten mit der steigenden Anzahl auch die Maßnahmen steigen.

Frau Dr. Börschel, SPD, erklärt, dass absehbar sei, wann die Förderung der öffentlich geförderten Wohnungen auslaufe und das zu wenige neue hinzukommen. Sie fragt, was die Verwaltung unternehme um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und ob, kleine Liegenschaften anstatt diese zu verkaufen, besser im Besitz der Stadt bleiben sollten.

Herr Leitner, CDU, fragt, ob die Methadonsubstitution zwingend in der Lungengasse, also in unmittelbarer Nähe zum Neumarkt, notwendig sei und ob man die Situation am Josef-Haubrichhof nach der Schließung der Stadtbücherei bedenke.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, fragt nach dem Sachstand zum Masterplan Obdachlosigkeit.

Herr Pasch, Seniorenvertretung, fragt ob zu befürchten sei, dass man aufgrund der Altersarmut zukünftig auch viele ältere Menschen in prekären Situationen wiederfinde. Er spricht die Angst von Obdachlosen an, in die Notschlafstellen zu gehen. Welche Maßnahmen gibt es dazu? Weiterhin wird die lange Bearbeitungszeit der Wohngeldanträge kritisiert.

Herr Beigeordneter Dr. Rau antwortet, dass das Förderprogramm soweit ausgearbeitet sei und nun ein Träger für den Drogenkonsumraum in der Dillenburger Straße gesucht werde.

Das mit der Politik abgestimmte Ziel pro Jahr 1000 Anträge auf geförderten Wohnungsbau zu erhalten, sei in den vergangenen Jahren erreicht worden. Das Land habe eine Fördersumme von 170 Mio. € positiv beschieden. Aber nicht alle beantragten Projekte seien auch nachher gebaute Projekte, dies waren ca. 600. Das Land habe ein neues Wohnungsbauförderprogramm auferlegt, die Fördersummen wurden erhöht, junge Genossenschaften werden mit bis zu 75 % Tilgungsnachlass für die ersten 6 Bauvorhaben gefördert. Die Anzahl der Voranfragen für die Förderprogramme habe sich in der ersten Jahreshälfte verdreifacht.

Aufgrund eines Ratsbeschlusses verkaufe die Stadt eigene Flächen in der Regel nicht mehr. Er trete für eine gemeinwohlorientierte Nutzung der Flächen Kölns ein, wohnen müsse dem Menschen dienen und nicht primär der Rendite.

Es werden weitere Praxen, die eine Methadonsubstitution anbieten, folgen. Die Situation am Josef-Haubrich Hof habe man im Blick.

Zum Masterplan Obdachlosigkeit verweist er auf seine vorherigen Ausführungen zum Kökowo hin.

Viele Maßnahmen wie Housing First und Nachtcafé haben schon begonnen, man sei jetzt auch ohne Programm schon auf einem guten Weg. Allerdings fürchten 50 % der Kommunen schon eine Haushaltssicherung, dann gebe es diese freiwilligen Maßnahmen nicht mehr.

Ältere Menschen würden wahrscheinlich in prekäre Situationen geraten, derzeit gehe es ihnen überproportional gut. Daten dazu gebe es im Lebenslagenbericht und einem Bericht nach dem Altenpflegegesetz (APG). In Notschlafstätten wurden bereits Schließfächer etabliert.

Aufgrund des neuen Gesetzes zum Wohngeld aus Berlin mussten in Köln 80 neue Stellen auf eigene Kosten für die Umsetzung etablieren. Die komplette Einkommens- und Vermögenssituation müsse überprüft werden, 10.000 Anträge sind noch nicht abgeschlossen. Die Recherche sei aufwendig und Auskünfte würden oftmals nicht vollständig erteilt. Die neuen Mitarbeitenden müssen auch zuerst eingearbeitet werden.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke bedankt sich sehr für die ehrlichen Auskünfte von Herrn Beigeordnetem Dr. Rau zu diesen schwierigen Themen und die sachliche Diskussion.

Herr Beigeordneter Dr. Rau bedankt sich auch für diesen Austausch und kommt gerne wieder in eine Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt.

1.2 Proaktive Kommunikation zu den Baustellen in der Altstadt Köln, Vortrag Herr Belke - Stadtbau im Quartier

Herr Belke, Stadtbau im Quartier (SIQ), stellt die Plattform für Bauprojekte im Altstadt-kern in der Innenstadt (Link: [Bauprojekte Altstadt-kern](#)) vor, die insbesondere für die Öffentlichkeit, Interessierte, Dienstleister und Handwerker, die in der Stadt unterwegs sind, informieren soll. Diese seien inklusiv der zugehörigen Logistikflächen, die im Altstadt-kern aufgrund der vollständig bebauten Grundstücke meist im öffentlichen Raum

zugelassen werden müssen, dargestellt. Er führt aus, dass sich Bauprojekte teils über 40 Jahre aufgestaut hätten und es daher derzeit so viele Baumaßnahmen in der Innenstadt gebe. Über die Kartenauswahl können nicht nur Stadtkarte oder Luftbild ausgewählt, sondern auch verschiedene Themenkarten und Anzeigen, wie Bushaltestellen oder Car-Sharing-Point. Bei den einzelnen Baumaßnahmen seien weitergehende Informationen hinterlegt, auch, sofern vom Bauherrn mitgeteilt, das voraussichtliche Bauende. Über die Kontaktdaten könne zudem eine Mail an SIQ (Stadtbau im Quartier) mit Hinweisen geschickt werden.

Herr Vinçon, B90/Die Grünen, bittet bei der Maßnahme Dom-Carré auch auf die Container An der Rechtsschule, die zur Maßnahme gehören, hinzuweisen.

Herr Nüsser, FDP, dankt für die Vorstellung der sehr guten Informationen und bittet die Trefferstelle bei der Google-Suche entsprechend zu erhöhen.

Frau Wienke, Die Linke, fragt, ob es Daten gebe, wie viele LKW in die Innenstadt einfahren, obwohl es ein LKW-Verbot in der Innenstadt gebe. Die Bezirksvertretung habe beschlossen, dass entlang des öffentlichen Straßenraums nicht geparkt würde. Man würde viel Raum gewinnen, wenn man das endlich umsetze, weil dann Fahrzeuge der Handwerker oder Baustellencontainer unkompliziert im Straßenraum abgestellt werden könnten. Sie weist zudem auf die Barrierefreiheit bei Baustelleneinrichtungen/Verbotsschildern hin.

Herr Belke weist auf das 2019/2020 beschlossene Verkehrskonzept hin. Verkehre die nicht das Ziel Altstadt haben, sollten aus der Altstadt herausgehalten werden, zugleich sollten Parkhäuser aber anfahrbar sein. Dies könne nicht mit dieser Karte geregelt werden. Wenn Durchfahrtsperren angegeben sind, würden diese auf Verkehrsnavigationssysteme übertragen. Man sei bemüht eine Barrierefreiheit zu sichern, dies sei an manchen Stellen, wie derzeit am Fischmarkt, nicht möglich. Die Kontrollen, was auf der Baustelle umgesetzt werde, seien noch nicht ausreichend. Es müsse teils täglich zweimal kontrolliert werden, weil Menschen mobile Verkehrsschilder umstellen. Zu der Anregung von Frau Wienke, Die Linke, die Verkehrsschilder nicht auf den Bürgersteig zu stellen, führt Herr Belke aus, dass dies optimiert werden soll und geprüft werde, ob feste Verkehrsmaste genutzt werden dürfen.

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

Beschluss:

Die Bezirksvertretung benennt als Stimmzähler Frau Utku, Herrn Polat und Herrn Spilles.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3 Verwaltungsvorlagen

3.1 Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die Instandsetzung der Parkpalette Jakobstraße/Josephstraße 3038/2022

Frau Dr. Börschel, SPD, bittet um Stellungnahme zu Anlage 2.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt stellt die Beschlussvorlage zurück.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.2 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Der Rat

1. nimmt die elf in der Anlage benannten strategischen Herausforderungen für die zukünftige integrierte Sozialplanung der Stadt zustimmend zur Kenntnis;
2. beschließt die strategischen Ziele/Teilziele zu den Herausforderungen wie in der Anlage dieser Vorlage ausgeführt;
3. beauftragt die Verwaltung, im Sinne des strategischen Steuerungsprozesses der integrierten Sozialplanung, dort wo noch nicht mit einer Fachplanung hinterlegt, darzulegen, mit welchen geeigneten Strategien die Ziele/Teilziele verfolgt werden sollen;
4. beauftragt die Verwaltung den Fachausschüssen regelmäßig über die Zielerreichung und die Strategien zur Zielerreichung zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3.3 227. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 1, Köln-Deutz; Arbeitstitel: "Deutzer Hafen" in Köln-Deutz 1389/2023

Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet die Fachverwaltung, die Mitteilung 2425/2023 „Deutzer Hafen: Kosten- und Finanzierungsübersicht zur städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (Stand 31.12.2022)“ zur Kenntnis zu erhalten.

Beschluss:

Der Rat

1. beschließt über die während der frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage zur 227. Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Arbeitstitel "Deutzer Hafen" in Köln-Deutz" eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Anlagen 5.1, 5.2, 6.1 und 6.2;
2. stellt die 227. Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Arbeitstitel "Deutzer Hafen in Köln-Deutz mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3.4 Städtebauliches Planungskonzept Trierer Straße in Köln-Neustadt/Süd, Anhörung der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung hier: Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurf 0793/2023

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des städtebaulichen Planungskonzeptes gemäß Anlage 3 einen Bebauungsplan-Entwurf in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) auszuarbeiten. Die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) sind dabei gemäß der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 2.1) zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**3.5 Qualifizierungsmaßnahme für den Freiraum im Baublock zwischen Trierer, Mosel-, Pfälzer und Luxemburger Straße in Köln-Neustadt/Süd als Grundlage für die Bauleitplanung
hier: Erweiterter Planungsbeschluss über die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung und die Vorentwurfsplanung (LPH2)
0790/2023**

Beschluss:

Der Bezirksvertretung Innenstadt

1. nimmt die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Kenntnis;
2. beschließt die Qualifizierungsmaßnahme für den Freiraum im Baublock zwischen Trierer, Mosel-, Pfälzer und Luxemburger Straße in Köln-Neustadt/Süd auf Grundlage der Vorentwurfsplanung fortzuführen;
3. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls der Stadtentwicklungsausschuss ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**3.6 Rheinboulevard Deutz, Umsetzung Informationssystem Archäologie
1108/2023**

Herr Schmitz, CDU, freut sich, dass die Maßnahme nun umgesetzt wird und bittet den Förderverein Historischer Park Deutz mit einzubeziehen.

Frau Wienke, Die Linke, weist darauf hin, dass der Landschaftsverband Rheinland als oberste Denkmalschutzbehörde des Landes dort einen exklusiven Politiker*innenparkplatz eingerichtet habe. Sie bittet zu prüfen, ob es ein europäisches Gesetz gebe, dass Bodendenkmäler sichtbar gemacht werden müssen. Die UNESCO soll gefragt werden, ob das Weltkulturerbe aberkannt werden können, weil es missbräuchlich als Parkplatz gebraucht werde.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, weist darauf hin, dass dies mit der vorliegenden Verwaltungsvorlage nichts zu tun habe und an anderer Stelle ein entsprechender Antrag gestellt werden könne. Er begrüßt ebenfalls, dass es nun weitergehe und es eine offensichtlich hochwertige Umsetzung gebe, die von kompetenten Fachleuten von der Verwaltung vorgenommen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün nimmt die Entwurfsplanung für das Informationssystem zur Präsentation der archäologischen Funde auf dem Rheinboulevard und Historischen Park Deutz in Höhe von 233.000,00 € zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3.7 Rückbau des Messebrunnens am Charles-de-Gaulle-Platz 1983/2023

Herr Fischer, B90/Die Grünen, begrüßt, dass der Beschluss nach neun Jahren nun umgesetzt werden soll. Der marode Brunnen soll zurückgebaut und als Parkplatz genutzt werden. Als Austausch stehe eine Fläche nördlich der Hohenzollernbrücke für die Weiterführung des Rheinboulevards zur Verfügung.

Herr Leitner, CDU, führt aus, dass er weit entfernt davon sei, Parkplätze wegzunehmen, doch der Landschaftsverband hätte schon auch Ausweichparkplätze. Es sei schon besonders, dass ein Kunstwerk, auch wenn es ästhetisch überholt sei, aufgegeben werde, um dort Parkplätze zu schaffen.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke berichtet, dass der intakte Brunnen einer der schönsten Brunnen gewesen sei, die es gab.

Herr Nüsser, FDP, erinnert, dass der Umbau 2016 wohl 190.000 € gekostet hätte, was zu teuer gewesen sei. Jetzt würde für viel mehr Geld am Neumarkt ein Brunnen gebaut. Man hätte dieses Kunstwerk durchaus finanzieren können. Er sei davon nicht begeistert. Aber er trage den Kompromiss mit, weil es wahrscheinlich nicht mehr möglich sei, den Brunnen nochmals aufzuwerten.

Frau Wienke, Die Linke, berichtet, dass sie beim Landschaftsverband eine Eingabe gegen die Parkplätze gemacht habe.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt den Rückbau des maroden Messebrunnens am Charles-de-Gaulle-Platz zwecks Übergabe einer geräumten Fläche im Rahmen eines Tausch- und Gestattungsvertrags zwischen der Stadt Köln und dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) zugunsten der Herstellung von Stellplätzen durch den LVR. Übergeordnetes Ziel dabei ist die Weiterführung des Rheinboulevards.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3.8 Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung zur Gewährung eines weitergehenden Zuschusses zu Baumaßnahmen hier: Aufstockung des Zuschusses für den Kanu-Sportfreunde Köln e. V. 1955/22 zum Umbau des Widerlagers der Deutzer Brücke als Vereinsheim und Lagerfläche im Wege einer Ausnahmeregelung 1917/2023

Herr Fischer, B90/Die Grünen, drückt für die Bezirksvertretung Innenstadt seine Freude über die Gewährung des Zuschusses für den KSK aus, der hervorragenden Breitensport aber auch Spitzensport gewährleiste.

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer weiteren investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 96.514,95 € im Teilfinanzplan des Sportamtes in der Produktgruppe 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 11, Auszahlung von aktivierbaren Zuwendungen, Finanzstelle 5200-0801-0-AZ01 aRAP pRAP – Sportbaubehilfe im Haushaltsjahr 2023 zur Aufstockung eines städtischen Zuschusses an den Verein Kanu-Sportfreunde Köln e. V. 1955/22 zum Umbau des Widerlagers der Deutzer Brücke in ein Vereinsheim sowie einen Bootslagerraum.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3.9 Zusammenführung der beiden Weiterbildungskollegs Gereonsmühlengasse und Dagobertstraße zur Sicherung des bestehenden Angebotes an den aktuellen Schulstandorten 1838/2023

Beschluss:

- 1.) Der Rat der Stadt Köln beschließt die Schließung des Weiterbildungskollegs der Stadt Köln, Abendrealschule Dagobertstraße 79, 50668 Köln-Altstadt/Nord (Schulnummer 163934) zum 31.07.2024.
- 2.) Der Rat der Stadt Köln beschließt die Bildung eines Teilstandortes des Weiterbildungskollegs – Sek. I und II mit den Bildungsgängen Abendgymnasium und Abendrealschule, Gereonsmühlengasse 4, 50670 Köln-Altstadt/Nord (Schulnummer 170586) am Standort Dagobertstraße) zum 01.08.2024 für den Bildungsgang Abendrealschule. Hierzu wird gleichzeitig die Erhöhung der Kapazität des bisherigen Bildungsganges Abendrealschule beschlossen.
- 3.) Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.
- 4.) Er beauftragt die Verwaltung, die Studierenden der zu schließenden Abendrealschule Dagobertstraße an das Weiterbildungskolleg Gereonsmühlengasse, Teilstandort Dagobertstraße, umzumelden.
- 5.) Die sofortige Vollziehung des Beschlusses unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3.10 Änderung der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung, Blumenthalstraße 10-12, 50670 Köln-Neustadt/Nord (Schulnummer 154179) zum 01.08.2024 1860/2023

Frau Holzer-Henke, KlimaFreunde, bedauert die Auflösung der Primarstufe in der Förderschule, die hervorragende Arbeit mit besonders bedürftigen Kindern leistete.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die Änderung der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung, Blumenthalstraße 10-12, 50670 Köln-Neustadt/Nord (Schulnummer 154179) zum 01.08.2024 in Form der auslaufenden Auflösung der Primarstufe.

Ab dem Schuljahr 2024/25 erfolgen keine Neuaufnahmen im ersten Schuljahr bzw. den nicht mehr belegten Jahrgängen. Zukünftig wird die Förderschule Blumenthalstraße 10-12, 502670 Köln nur noch als Schule der Sekundarstufe I weitergeführt. Insgesamt sind 1,5 Züge (9 Klassen) als Kapazität vorgesehen.

2. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung Die Linke und KlimaFreunde.

3.11 Erneuerung der Beleuchtungsanlage im großen Saal des Bürgerhaus Stollwerck 2191/2023

Herr Spilles, CDU, bestätigt die Notwendigkeit der Erneuerung der maroden Beleuchtungsanlage im Bürgerhaus Stollwerck.

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Innenstadt stimmt der notwendigen Erneuerung der Beleuchtungsanlage im großen Saal des Bürgerhaus Stollwerck zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die städtische Gebäudewirtschaft mit der Projektsteuerung für die Durchführung der Maßnahme zu beauftragen.
3. Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf rund 80.000,00 Euro (inklusive Mehrwertsteuer und Risikozuschlag). Die Finanzierung erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Haushaltsplan 2023/2024 in Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**3.12 Weihnachtsmarkt auf dem Chlodwigplatz 2023
1825/2023**

Frau Cazier, B90/Die Grünen stellt folgenden Änderungsantrag: „Die Drängelgitter sollen aus Sicherheitsgründen – wo möglich - zwischen den Bäumen und den Rücken der Buden und nicht zwischen Busspur und Bäumen aufgestellt werden.“

Frau Dr. Holzer-Henke, KlimaFreunde, stellt folgenden Änderungsantrag: „Die angebotenen Speisen und Getränke entstammen entweder aus fairem Handel, ökologischen Anbau oder regionaler Direktvermarktung. Im Bereich der Lebens- und Genussmittel soll mindestens 80 % der Angebote aus zertifizierten Bioprodukten bestehen. Die Einhaltung, insbesondere der Bioquote, wird durch eine zertifizierte Firma überwacht.“ Sie merkt ebenfalls an, dass die Verwendung von Mehrweg sehr lobenswert wäre, insbesondere im Hinblick auf die Vermüllung.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, äußert seine Sympathie für den Tenor des Wunsches, allerdings müsse man diesen Weihnachtsmarkt differenziert zu den sehr großen kommerziellen Weihnachtsmärkten wie beispielsweise am Neumarkt oder Alter Markt sehen, die mit entsprechenden Vorgaben offiziell ausgeschrieben werden. Der Weihnachtsmarkt auf dem Chlodwigplatz sei dagegen das Ergebnis einer Veedelsinitiative, für die es wahrscheinlich sehr schwer sein würde, diese strikten Vorgaben einzuhalten. Persönlich finde er es wünschenswert, wenn dies aus Eigeninitiative erfolge.

Die Vertreterin der ABC weist darauf hin, dass die kleinen Aussteller in dieser Hinsicht sensibilisiert sind, bittet aber von strengen Vorgaben abzusehen und es bei einer freiwilligen Umsetzung zu belassen. Sie weist darauf hin, dass der Vorlauf zudem jetzt zu knapp wäre, da die Organisation bereits sehr weit fortgeschritten sei.

Frau Dr. Börschel, SPD, ergänzt, dass auch die Dauer des Weihnachtsmarktes eine andere sei, als bei den großen Weihnachtsmärkten, die sich dann auch über die längere Dauer amortisieren können.

Frau Flöge-Becker, Seniorenvertretung, betont, dass der Weihnachtsmarkt auf dem Chlodwigplatz wie ein großes Familienfest sei und man dort Freunde treffe, bestücke gemeinsam die Büdchen und verkaufe selbstgebackene Plätzchen für einen guten Zweck. Der Markt sei nicht mit anderen Weihnachtsmärkten vergleichbar.

Nach erfolgter Diskussion erklärt Frau Dr. Holzer-Henke, KlimaFreunde, dass sie den Änderungsantrag zurückziehe und im nächsten Jahr stellen werde.

Ergänzter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung,

dem ABC Aktionsbündnis rund um Bonner Str./Chlodwigplatz e.V., Bonner Wall 31, 50677 Köln, den Chlodwigplatz zur Durchführung eines Weihnachtsmarktes in der Zeit vom 23.11.2023 bis zum 23.12.2023 (inkl. Auf- und Abbauzeiten vom 13.11.2023 bis zum 30.12.2023) gemäß ihrem Antrag vom 09.01.2023 unter Berücksichtigung der ordnungsbehördlichen Vorgaben zur Verfügung zu stellen
Die Drängelgitter sollen aus Sicherheitsgründen – wo möglich - zwischen den Bäumen und den Rücken der Buden und nicht zwischen Busspur und Bäumen aufgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung Die Linke

3.13 289. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2195/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 289. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3.14 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung: Errichtung einer Interims-Ausstellung im Praetorium 0501/2023/1

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt - vorbehaltlich der Zustimmung durch den Finanzausschuss - die Errichtung einer Interims-Ausstellung im Praetorium im Vorgriff auf die Eröffnung des „MiQua. LVR - Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln“. Die Ausstellung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR).

Die hälftige Aufteilung der Gesamtkosten einschließlich der geplanten Erträge (Eintrittsgelder und Erlöse für Führungen) wird gesondert im Rahmen einer vertraglichen Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und dem LVR festgehalten.

Hierfür stehen zur Finanzierung baulicher Mehrkosten, der Anpassung des Brandschutzkonzeptes und zusätzlicher Planungs- und Bauleitungshonorare investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 372.000 € und für Ausstellungs-, Betriebs- und Bewachungskosten konsumtive Aufwandsermächtigungen in Höhe von 293.574,04 € im Haushaltsplan 2023/2024 inkl. MifriFi, Haushaltsjahr 2024 ff. im Teilplan der Stabsstelle Archäologische Zone in der Produktgruppe 0413 - Archäologische Zone und Jüdisches Museum auf der Finanzstelle 9073-0413-0-0001 (Archäologische Zone und Jüdisches Museum) bzw. in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**3.15 Vergabe von bezirksorientierte Mittel und Mitteln zur Kulturförderung für den Stadtbezirk Innenstadt, 2023 Teil 2
2652/2023**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt, aus den ihr zur Verfügung stehenden bezirksorientierten Verfügungsmitteln 2023 nach § 36 Gemeindeordnung, den zweckgebundenen Verwaltungsmitteln zur Kulturförderung und für Bürgervereine gemeinnützige Projekte in der Innenstadt zu fördern. Art und Höhe der finanziellen Förderbeträge sowie die Zuschussempfänger ergeben sich aus der in der Anlage beigefügten Tabelle.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**3.16 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Deutsch-Afrikanische Kooperation e.V. (DAKO e.V.)"
2565/2023**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Deutsch-Afrikanische Kooperation e.V. (DAKO e.V.)“, Melchiorstr. 3, 50670 Köln, gemäß § 75 Abs. 2 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**4.1 Bürgereingabe nach § 24 GO – Dauerhafter Schutz des Landschaftsschutzgebiets Innerer Grüngürtel, Dezentrale Angebote am 11.11. und Karneval für ein junges Publikum, Aktenzeichen 118/23 B
2378/2023**

Der Vertreter der Petenten betont, dass der dauerhafte Erhalt und Schutz der Landschaftsschutzgebiete Innerer und Äußerer Grüngürtel ein essentielles Grundanliegen des BUND sei. Man sei entsetzt, dass dieser Schutz von der Verwaltungsspitze ignoriert werde, wenn es um Karnevalsevents gehe. Aufgabe der Verwaltung sei es, das Feiern im öffentlichen Raum zu steuern. Verwaltung und Politik hätten die Pflicht, dafür einen Rahmen zu setzen und Angebote im öffentlichen Raum zu ermöglichen, stattdessen rede man sich mit Gefahrenabwehr heraus. Mit der Bürgereingabe mache der BUND den Vorschlag den Bereich der Nord-Süd-Fahrt vom Offenbachplatz bis zum Blaubach als Feierzone bereitzustellen. Dort soll mit der Stabstelle Events ein kostenloses Programm insbesondere für die jungen Zielgruppen angeboten werden. Damit soll das Zülpicher Viertel deutlich entlastet werden. Dieser Bereich und auch der Rothgerberbach seien bisher nicht geprüft worden. Im Bereich der Nord-Süd-Fahrt habe die Großveranstaltung „strassenland“ stattgefunden. Nun liege es an Bezirksvertretungen und Rat, den Weg für eine machbare und konstruktive Lösung zu ebnen. Zum Rückholrecht gem. § 41 Abs. 3 GO NRW führt er aus, dass die Bezirksvertretung ausdrücklich genannt sei und dann bei Beschlussvorlagen von überbezirklicher Bedeutung entsprechend anzuhören sei.

Herr Nüsser, FDP, bedankt sich für die Bürgereingabe und erinnert, dass in der Bezirksvertretung Innenstadt niemand die Fläche im inneren Grüngürtel für geeignet halte. Er weist darauf hin, dass eine Veranstaltung in Köln schnell zu Tradition werde, daher müsse man extrem aufpassen. Von der Nord-Süd-Fahrt sei er nicht ganz überzeugt, die vorgeschlagenen Stellen seien aus seiner Sicht nicht richtig geprüft worden. Das für das größte Kulturgut und einen der größten Wirtschaftsfaktoren der Stadt kein Geld für eine Umsetzung zur Verfügung stehe, sei eine Farce, der schnellstens abgeholfen werden müsse.

Herr Scheffer, Die Linke, weist darauf hin, dass diese Diskussion schon am 25.01.2018 geführt wurde. Selbst in der Aktuellen Stunde in der Ratssitzung am 08.12.2023 habe sich niemand getraut sich des Themas anzunehmen und nur die Verwaltung gebeten kreative Lösungen zu finden.

Herr Polat, SPD, erinnert ebenfalls an die Beschlüsse der Bezirksvertretung Innenstadt zum Schutz des Inneren Grüngürtels. Es sei der Bezirksvertretung vermittelt worden, dass man gegen das Argument der Gefahrenabwehr nicht viel tun könne. Er sieht nicht, wie man sich aus diesem Kreis in dem man sich drehe mit dem vorliegenden Antrag befreien könne. Die Eingabe schlage das Rückholrecht der Bezirksvertretung vor, dann liege die Verantwortung bei den politischen Gremien. Er sieht sich nicht dafür aussprechen, möglicherweise 10.000 besoffene Menschen in den Tunnel der Nord-Süd-Fahrt zu schicken. Er spricht sich für eine effiziente Prüfung seitens der Verwaltung aus, die bis heute nicht geschehen sei. Er würde eine Initiative des Ratsbündnisses begrüßen, die eine klare Beschlusslage im Rat schaffe.

Frau Kosubek, B90/Die Grünen, bedankt sich für die Eingabe, die zeige, dass nicht nur die Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal die Initiative ergreifen, diese Nutzung des inneren Grüngürtels zu unterbinden. Alle Arbeitsgruppen im Runden Tisch Karneval sprechen sich, sei es kurz- oder langfristig, gegen eine Nutzung der Grünflächen aus. Dezentrale Orte könnten auch kurzfristig zum 11.11. organisiert werden. Die Nord-Süd-Fahrt sei bei der Veranstaltung „strassenland“ gut gewesen und in der Bezirksvertretung genehmigt worden. Eingezäunte Jugendliche auf Grünflächen hätten nichts mit Karneval zu tun.

Herr Leitner, CDU, entgegnet, dass eingezäunte Jugendliche in einem Tunnel auch wenig mit Karneval zu tun hätten. Er hält die Veranstaltung „strassenland“ für wenig vergleichbar mit Karneval. Man gefährde Jugendliche und wolle eine Grünanlage schützen. Es sei gefährlich die Rechtsgüter miteinander zu vergleichen. Man sei sich einig, dass der Grüngürtel geschützt und Feiernde anders geleitet werden sollen, aber man wisse, dass die bisher kommunizierten Plätze nicht sicher seien. Man müsse darüber nachdenken, inwieweit man die Roonstraße nördlich der Zülpicher Straße stärker aktivieren müsse. Er warnt davor Jugendliche in einem Tunnel geradezu zu entsorgen, gerade auch vor dem Hintergrund der Love-Parade. Dezentrale Standorte sollten erst dann in Betracht kommen, wenn nicht um das Quartier Latäng andere Standorte außerhalb der Grünanlage genutzt werden können.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, ergänzt, dass die Veranstaltung „strassenland“ vom WDR bis zum Weidenbach stattgefunden habe. Die Unterführung unter der Schildergasse sei besser als die Unterführung auf der Zülpicher Straße. Die Unterführung könne auch nur als Durchgang und nicht für Stände genutzt werden. Im Veedelsbeirat hätten Menschen geäußert, dass sie sich von der Oberbürgermeisterin missbraucht fühlen. Es sei gefragt worden, warum es nicht einfach versucht werde, anstatt immer zu sagen, es gehe nicht. Dies sei eine Impertinenz sondergleichen. Er ist dankbar für die Eingabe, die nach den Beschlüssen von Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal sowie Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden an den Rat gehe. Dann könne sich der Rat nicht weiterhin einen schlanken Fuß machen. Was dort ablaufe schade dem Kulturgut Karneval. Er berichtet von den Schilderungen, dass jugendliche Gruppen den Bahndamm hinaufgeklettert seien und dass Geschäfte

auf der Zülpicher Straße eine Woche schließen müssten. Die Menschen in dem Viertel seien vollkommen außen vor.

Herr Polat, SPD, erklärt, dass niemand den Ausführungen widersprochen habe, fraglich sei aber die Konsequenz daraus. Einigkeit bestehe darüber, dass der Grüngürtel keine Lösung sei und das Quartier Latäng entlastet gehöre.

Auf Antrag von Herrn Leitner, CDU, unterbricht Herr Bezirksbürgermeister Hupke die Sitzung von 18.40 Uhr bis 19:08 Uhr.

Herr Fischer, B990 Die Grünen, formuliert folgenden Änderungsantrag: „Der Ausschuss dankt den Petenten und beschließt **die Verwaltung zu beauftragen die Anregungen mit folgender Ergänzung umzusetzen: Punkt 2 der Eingabe wird wie folgt ergänzt** „zugleich soll die Roonstraße als Partyfläche ausgewiesen werden.“

Herr Leitner, CDU, betont, dass die CDU Ziffer 1 dahingehend mittrage, dass der Grüngürtel auf Dauer zu schützen sei, dagegen käme es nicht in Frage, dass die Nord-Süd-Fahrt als Karnevalslocation genommen werde, weil damit Jugendliche in einen ausgesprochen gefährlichen Platz gezogen würden.

Beschluss:

Der Ausschuss dankt den Petenten und beschließt **die Verwaltung zu beauftragen die Anregungen mit folgender Ergänzung umzusetzen:**

- **Punkt 2 der Eingabe wird wie folgt ergänzt** „zugleich soll die Roonstraße als Partyfläche ausgewiesen werden.“

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit den Stimmen von B90/Die Grünen, Die Linke, FDP, Die Partei und KlimaFreunde gegen die CDU bei Enthaltung SPD **zugestimmt**.

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

5.1.1 Neues Konzept für den öffentlichen Raum und eine resiliente Stadt in der Altstadt Nord, gem. Antrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/2063/2022

Herr Polat, SPD, weist auf die im sehr ertragreichen Fachgespräch vorgestellten schon laufenden Projekte hin, die die Zielvorgabe des Antrags zumindest in Ansätzen erfüllen und stellt daher folgenden Änderungsantrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt **laufende Projekte der Verwaltung** für den öffentlichen Raum in der Altstadt Nord im Umfeld der Hohe Straße und Schildergasse **dahingehend zu prüfen, dass die Aufenthaltsqualität verbessert, die Innenstadt außerhalb des Konsums belebt und eine resiliente Innenstadt entwickelt wird. Die Prüfung soll folgende Kriterien einschließen und folglich zur Umsetzung bringen:** ... (Aufzählungen unverändert, vor „außerdem soll geprüft werden“) Sofern die genannten Punkte keinen Einzug in bereits existierende Projekte finden, so möge ein eigenes Konzept für die Entwicklung an der Hohe Straße und der Schildergasse erstellt werden.

(letzter Satz des Antrags) **Wie bereits im Fachgespräch am 23.08.2023 vereinbart soll einmal im Jahr ein persönlicher Sachstandsbericht in Form eines Fachgesprächs stattfinden.**“

Frau Cazier, B90/Die Grünen, beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke unterbricht die Sitzung von 19:49 bis 20:03 Uhr.

Frau Holzer-Henke, KlimaFreunde, fasst das Ergebnis der Beratungen in der Sitzungsunterbrechung in folgendem Änderungsantrag der Fraktionen zusammen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, **bestehende** Konzepte für den öffentlichen Raum in der Altstadt Nord im Umfeld der Hohe Straße und Schildergasse **um folgende Komponenten und Kriterien im Sinne einer resilienten Innenstadt zu ergänzen** :

...(Aufzählungen unverändert, dann folgt folgender letzte Satz des Antrag)

Wie bereits im Fachgespräch am 23.08.2023 vereinbart soll einmal im Jahr ein persönlicher Sachstandsbericht in Form eines Fachgesprächs stattfinden.“

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, **bestehende** Konzepte für den öffentlichen Raum in der Altstadt Nord im Umfeld der Hohe Straße und Schildergasse **um folgende Komponenten und Kriterien im Sinne einer resilienten Innenstadt zu ergänzen** :

- Konsumfreie Aufenthaltsorte, wie z.B. Tische mit Stühlen oder Bänken um die Mittagspause zu verbringen
- Bänke, Tische und Sitzgelegenheiten in Form von Sitz- und Pflanzmodulen
- Eine Freiluftbühne, temporäre Nutzung (Popup) von Gastronomie und Ausstellungen, Raum für selbstorganisierte Darbietungen als Zwischennutzung und/oder offene Bühne im Stadtraum
- der Freizeitwert soll erhöht werden in Form von aktivierenden Elementen und/oder Fitnessgeräten
- Verbindungsräume zu den Nebenstraßen und Plätzen
- prüfen, wo entsiegelt werden kann, Bäume gepflanzt, grüne Inseln sowie Platzbegrünung geschaffen und angelegt werden (in Kisten oder Kübeln wenn anders nicht möglich)
- Fassaden- und Dachbegrünung und/oder Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern. Auf private Eigentümer*innen und dem Stadtmarketing zugehen um Anreize zu schaffen sowie mögliche Förderungen aufzuzeigen wie z.B. Grün hoch 3. Ebenso sollen die eigenen Liegenschaften demnach geprüft werden
- Weitere Trinkwasserbrunnen

Außerdem soll geprüft werden:

- Wie können Leerstände und leere obere Geschosse nutzbar gemacht werden für Bildungsstätten, soziale Einrichtungen, Kunst und Kultur und Interimsnutzungen
- Wie können Voraussetzungen geschaffen werden, diesen Leerstand in Wohnungen umzuwandeln
- Die im Radverkehrskonzept Innenstadt vorgesehene Nord-Süd-Fahrradstraße über Richartzstraße, Ludwigstraße und St.Agatha soll in die Planungen integriert und mit einer baulichen, vom Fußverkehr abgesetzten Führung umgesetzt werden („roter Asphalt“ / Absenkung mit Kantsteinen)
- Für die Ost-West-Erschließung soll die Lage der im Radverkehrskonzept vorgesehenen Fahrradstraße überprüft und die Eignung der Trasse Glockengasse, Am Alten Posthof und Wolfstraße als Fahrradstraße überprüft werden, um die Fußgängerzone Breite Straße zu entlasten
- Es soll eine Mischnutzung von Konsum, Freizeit, Wohnen, Aufenthalt und Erholung entstehen!

Wie bereits im Fachgespräch am 23.08.2023 vereinbart soll einmal im Jahr ein persönlicher Sachstandsbericht in Form eines Fachgesprächs stattfinden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit den Stimmen B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, Die Partei und KlimaFreunde gegen die CDU bei Enthaltung der FDP **zugestimmt**.

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

5.2.1 Öffnung eines Verbindungsweges in Deutz für den Radverkehr; Antrag Grüne AN/1360/2023

Herr Schmitz, CDU, lehnt den Antrag ab, da sich in der Nähe mehrere Schulen und ein Kindergarten befinden und der Weg als Verbindungsweg zwischen Hasental und Lorenzstraße auch vielen Kindern diene. Ein Radweg würde die Fußgänger behindern und einschränken, dafür sei er nicht ausreichend breit. Darüber hinaus gebe es ein hinreichendes Angebot von Radwegen in unmittelbarer Nähe z. B. in Siegburger Straße und Teutonenstraße. Auch die Anwohner, mit denen man gesprochen habe, lehnen den Antrag ab.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, entgegnet, dass alle Anwohner sich für den Antrag ausgesprochen hätten. Der Fußweg sei nicht stark frequentiert und werde faktisch bereits jetzt vom Radverkehr benutzt. Der Weg sei breit genug, um von Fußgängern und Radfahrern genutzt zu werden. Radfahrer müssten dort Schrittgeschwindigkeit fahren.

Frau Dr. Börschel, SPD, wird gegen diesen Antrag stimmen, da die Fahrradfreundlichkeit zu Lasten der schwächeren Fußgänger gehe.

Herr Nüsser, FDP, hält es für vertretbar, dass der wenig frequentierte Weg auch für Radfahrer zugelassen wird.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Fußweg, der in Deutz von der Troisdorfer Straße zum Alten Mühlenweg führt, mittels Zusatzzeichen 1022-10 in beiden Richtungen für den Radverkehr freizugeben.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit den Stimmen B90/Die Grünen, FDP, Die Partei und KlimaFreunde gegen die SPD und CDU bei Enthaltung Die Linke **zugestimmt**.

5.2.2 Entsiegelung und Gestaltung von Baumscheiben im Bereich Hohenstaufering / Roonstraße, Antrag CDU AN/1354/2023

Beschluss:

1. Die Baumscheibe um die Platane im Bereich des gesperrten (abgepollerten) freifließenden Rechtsabbiegers vom Hohenstaufering zur Roonstraße wird in genügendem Umfang entsiegelt. Der kurze Radweg vom Hohenstaufering zur Roonstraße wird entsprechend verlagert. Dazu ist der vom Ring aus gesehen erste Poller zu entfernen.
2. Die Baumscheibe um die sehr alte Platane am Anfang des Hohenstauferings ist ebenfalls in genügendem Umfang zu entsiegeln.
3. Eine florale Gestaltung soll in Betracht gezogen werden. Hierzu böten sich Baumpatenschaften an, wie an der nächsten Platane vor dem Haus Hohemstaufering 15.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5.2.3 Abbau der Container Mainzer Straße Ecke Oberländer Wall, gem. Antrag Grüne, SPD, Die Linke und KlimaFreunde AN/1362/2023

Beschluss:

Die Altglas- und Altkleidercontainer an der Mainzer Straße (Höhe Mainzer Straße 77) werden kurzfristig entfernt. Langfristig werden dort versenkbare Glascontainer eingerichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5.2.4 Anpassung Radverkehrsnetz NRW in der Kölner Innenstadt, Antrag Grüne AN/1363/2023

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet die Stadtverwaltung, mit dem Land NRW Gespräche aufzunehmen, um das "Radverkehrsnetz NRW" im Bereich der Kölner Innenstadt anzupassen und zu modernisieren.

Hierbei sollen die folgenden Maßgaben berücksichtigt werden:

- Das Netz soll um für die Alltagsmobilität und Intermodalität wichtige Knotenpunkte ergänzt werden. Hierzu gehören insbesondere:
 - die SPNV-Knotenpunkte, die eine Vernetzung ins Umland bieten (insb. Bahnhof Deutz, Hansaring, Köln Süd, Köln-West, Hauptbahnhof),
 - zentrale und / oder für den Tourismus wichtige Orte wie den Kölner Dom oder die Jugendherberge Köln-Deutz.
- Es soll geprüft werden, ob die durch neue Radverkehrsmaßnahmen entstandene hochwertige Radverkehrsverbindungen (RingFrei, Fahrradstraßen) ins Netz aufgenommen werden können.
- Insgesamt soll das Netz granularer gestaltet werden, um der höheren Anwohner*innen-Dichte sowie der wachsenden Bedeutung des Radverkehrs im City-Tourismus gerecht zu werden.

Die Maßnahmen sollen in enger Abstimmung mit der Stadt Köln, insbesondere dem Team des Fahrradbeauftragten, durchgeführt werden.

Die Maßnahmen sollen ausgewertet und ggf. auf andere Bezirke und Städte übertragen werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1.1 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburo-nenstraße / Maternusstraße, Anfrage Grüne AN/1836/2022

- 6.1.1.1 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburo-
nenstraße Maternusstraße**
**Hier: Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen in der Sitzung der Be-
zirksvertretung Innenstadt am 27.10.2022, TOP 6.2.3**
1367/2023
- 6.1.2 Veedelsblöcke für Köln - Stand der Planungen, Anfrage Grüne**
AN/0153/2023
- 6.1.3 Tempo 30 wegen Lärm – Sachstand im Bezirk Innenstadt, Anfrage**
B90/Die Grünen
AN/0244/2023
- 6.1.4 Evaluation der Kosten Karneval / Rund um die Zülpicher Straße / Innerer**
Grüngürtel
AN/0425/2023
- 6.1.5 Anfrage Verkehrsmaßnahmen Belgisches Viertel, Anfrage B90/Die Grü-
nen**
AN/0637/2023
- 6.1.6 Neue Stadtmöbel auf der Deutzer Freiheit, Anfrage CDU**
AN/0663/2023
- 6.1.6.1 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion aus der Sit-
zung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 27.04.2023 (AN/0663/2023)**
betreffend "Neue Stadtmöbel auf der Deutzer Freiheit"
2265/2023
- Herr Schmitz, CDU, dankt der Fachverwaltung für die Beantwortung der Anfrage. Er äußert seine Verwunderung darüber, dass die Stadtmöblierung vom Urteil des Verwaltungsgerichtes nicht betroffen sei. Der Verkehrsversuch sei mit sofortiger Wirkung beendet worden, dies bedeute, dass der alte Zustand auch wiederhergestellt werden müsse. Im Verkehrsversuch seien die Parkplätze weggenommen worden, daher würden die Parkplätze jetzt wieder zur Verfügung gestellt. Er bittet daher um unverzügliche Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands.
- Frau Cazier, B90/Die Grünen, merkt an, dass sich das Urteil auf die Nutzung der Fahrbahn beziehe und nicht auf die Nutzung der Parkplätze, insofern sei die Aussage der Verwaltung völlig korrekt.
- 6.1.7 Sachstand Verkehrsberuhigung und Begrünung Kaesenstraße (Antrag**
AN/0643/2021 aus 2021), Anfrage B90/Die Grünen
AN/0814/2023

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

6.2.1 Sachstand Entsiegelung und Umbau Maternuskirchplatz 2023, Anfrage B90/Die Grünen AN/1451/2023

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

Herr Leitner, CDU, bittet den Baustellenmanager in die Fraktionsvorsitzendenbesprechung oder die Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt einzuladen.

Herr Nüsser, FDP, bittet um Sachstandsmitteilung und Zeitpunkt der Umsetzung zum Beschluss der Bezirksvertretung aus 2022 Fahrradpiktogramme auf dem Agrippin-aufer aufzubringen.

Herr Spilles, CDU, bittet um Mitteilung, wann der Ortstermin mit der KVB am Chlodwigplatz zur Busführung Am Ferkulum in den Severinswall stattfindet.

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

Herr Bezirksbürgermeister Hupke weist darauf hin, dass die Friedhofsverwaltung einen Ortstermin auf dem Melatenfriedhof koordiniere. Ausschuss Umwelt, Klima und Grün sowie die Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal haben den Wunsch zu einem Ortstermin geäußert.

9 Mitteilungen der Verwaltung

9.1 Flächenbericht 2022 zu den Objekten im Portfolio der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln (GW), Stand 31.12.2022 1363/2023

9.2 Schulwegsicherung/Verbesserte Sicherheit auf Schulwegen bei Grundschulen und weiterführenden Schulen im Kölner Stadtgebiet 1444/2023

Frau Kosubek, B90/Die Grünen, bittet die Verwaltung die Koordination mit Kidical-Mass aufzunehmen, die sich auch des Themas angenommen habe.

Frau Kosubek, B90/Die Grünen, erinnert an den ausstehenden Sachstand zum von den Kindern der Schule Zwirner Straße vorgelegten Konzept zur Verbesserung des Schulwegs.

9.3 Sportentwicklungsplanung: Modellprojekt Innovation durch öffentliche Sportangebote „Kölle aktiv 2023“ – Sundaach aktiv, Start Sommerprogramm und Lauftreff 1567/2023

9.4 Fachtag "Misch MIT! - Kinder- und Jugendbeteiligung in Köln" - Erster Rückblick 1773/2023

- 9.5 Dokumentation des Arbeitstreffens zur Personalsituation in der Kinder-
tagesbetreuung am 26.05.2023
1864/2023**
- 9.6 Umbau der Kreuzung Luxemburger Straße/Eifelwall
hier: Mitteilung über die Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß
§ 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO NRW i. V. m. § 12 der Haushaltssatzung der
Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2023
1823/2023**
- 9.7 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Wiedereinbringung
der Gedenktafel zum Standort der einstigen Kölner Synagoge, AZ.:
256/18
1970/2023**
- 9.8 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - „Bonner Straße - zwi-
schen Chlodwigplatz und Bonner Wall - Einrichtung einer 30er Zone“,
AZ.: 35/23
1971/2023**
- Frau Kosubek, B90/Die Grünen, bittet Petent und Fachverwaltung zur Sitzung der Be-
zirksvertretung Innenstadt im Oktober einzuladen.
- 9.9 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW „Tanzquartier Köln“,
Aktenzeichen: 62/23
2032/2023**
- 9.10 Sportentwicklungsplanung - Modellprojekt Innovation durch öffentliche
Sportangebote - Sportboxen
1326/2023**
- 9.11 Mitteilung Öffentlichkeitsarbeit Interkulturelle Zentren 2023
2085/2023**
- 9.12 Unterrichtung über Mehrkosten gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V.m. §
12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2023 und
2024; hier: Römisch-Germanisches Museum - vorgezogene notwendige
Sanierung der Abdichtung über der Dombauhütte und über der Trafosta-
tion der RheinEnergie sowie notwendige Sanierungsmaßnahmen der De-
cke
1876/2023**
- 9.13 Kölner Anti Spray Aktion (KASA) - Bericht 2019-2022
2091/2023**

- 9.14 Leitbild für die Handelslagen Hohe Str./Schildergasse und Umfeld in der Innenstadt: Vorlage des Abschlussberichts 2106/2023**
- 9.15 „Aktionstag Mobilität“ am 16. September 2023 von 11 bis 15 Uhr auf dem Neumarkt 2212/2023**
- 9.16 Deutzer Hafen: 2. Sitzung des Begleitgremiums; Ergebnisprotokoll 1772/2023**
- 9.17 Regenbogenmarkierung in der Schaafenstraße 2253/2023**

Frau Dr. Börschel, SPD, äußert ihr Unverständnis zur vorliegenden Mitteilung und merkt an, dass dies in anderen Städten Deutschlands möglich sei, nur in Köln nicht.

9.18 Sachstandsbericht 2493/2023

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, berichtet zur Anlage AN/0858/2023 Sachstandsbericht Jugendpartizipation, dass im Mai 2022 ein Ratsbeschluss gefasst wurde und es bei der Stabstelle Kinder- und Jugendpartizipation bereits umfangreiche Arbeiten gebe, die weit über den Beschluss der Bezirksvertretung hinausgehen. Diese habe im April 2023 einen Fachtag veranstaltet und werde demnächst alle Bezirksvertretungen besuchen. Jugendliche können bereits jetzt an den Sitzungen teilnehmen und wie vorgeschlagen kann dies in der FVB besprochen werden. Die Zahlung einer Aufwandsentschädigung sei nach juristischer Prüfung nicht möglich. Er weist darauf hin, dass von der BezirksschülerInnenvertretung derzeit nur eine junge Dame in der Innenstadt wohne bzw. eine Schule in der Innenstadt besuche, die aber im nächsten Jahr Abitur mache und daher eventuell nicht an allen Sitzungen teilnehmen könne. Der Jugendring sei von dem Beschluss der Bezirksvertretung überrascht worden, könne nicht selber an den Sitzungen teilnehmen, aber eine Teilnahme von Jugendlichen vermitteln.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, führt aus, dass es für den Zeitraum bis zur Umsetzung des Ratsbeschlusses eine Möglichkeit einer generellen Partizipation für Jugendliche geben, diese ein grundsätzliches Rederecht erhalten sollen und nicht wie im Sachstandsbericht beschreiben ein punktuell Rederecht. Unabhängig davon könne man dies in der FVB vorbesprechen, aber die Jugendlichen sollen ein grundsätzliches Rederecht erhalten. Zum Thema der Aufwandsentschädigung gebe es vielleicht andere Möglichkeiten.

Frau Wienke, Die Linke, schließt sich den Ausführungen an und betont, dass Kinder- und Jugendliche mehr Mitspracherecht erhalten müssen. Es gebe mehrere Kommunen in NRW, wo dies möglich sei.

Frau Flöge-Becker, Seniorenvertretung, betont, dass sie auch kein Rederecht habe, wenn es ihr nicht zugestanden würde.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke antwortet, dass die Seniorenvertretung ein Rederecht habe, das Rederecht für die Jugendlichen aber vergleichbar mit dem Rederecht

für Frau Palm, die auf Vorschlag des Arbeitskreises barrierefreies Köln, an den Sitzungen der Bezirksvertretung teilnehme, sei.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass in jeder Sitzung dieses Rederecht immer beschlossen werde und dies auch für Jugendliche praktiziert werden könne. Über Pausen entscheide die Bezirksvertretung ebenfalls selber. Die Zahlung einer Aufwandsentschädigung sei nicht möglich. Wenn stadtwweit ein Jugendrat wie in Düsseldorf gewählt werde, seien das andere Voraussetzungen.

**9.19 Fachtag "Misch MIT! - Kinder- und Jugendbeteiligung in Köln" - Gesamtauswertung und nächste Schritte
2510/2023**

**9.20 Unfallhäufungen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2022 im Stadtbezirk Innenstadt
2439/2023**

**9.21 Qualitätsbericht 2022 der KVB gemäß öffentlichem Dienstleistungsauftrag
2133/2023**

**9.22 Information zum Beschluss des Verwaltungsgerichts Köln vom 02. August 2023 zur Verkehrsanordnung „Deutzer Freiheit“, zum weiteren Vorgehen „Verkehrsversuch Venloer Straße“ und zum erweiterten Prüfumfang von laufenden Verkehrsmaßnahmen im Zusammenhang
2688/2023**

**9.23 Neuregelung zur zulässigen Geschwindigkeit auf der Zoobrücke/Stadtautobahn B55a
2207/2023**

II. Nichtöffentlicher Teil

gez. Hupke
Vorsitz

gez. Brohl
Schriftführung